

**Posener Zeitung**  
Anschlag-Bureau  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
Wilhelmsstr. 17  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei J. Streissand,  
in Meseritz bei Ph. Matthias.

# Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Nr. 437.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 24. Juni.

**Kunst- und Antiken-**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien;  
bei G. L. Danke & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Rudolph Kloss.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank“.

1882.

Unter 20 Pf. die schadensgepflanzte Peltzzeile oder deren Raum, Peltzzeile verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

**Amtliches.**

Berlin, 23. Juni. Der König hat den Ober-Regierungs-Rath Pfahl aus Schleswig zum Geheimen Finanz-Rath mit dem Range eines Raths dritter Klasse und zum Dirigenten der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin, sowie den Gerichtsassessor Klem zum Staatsanwalt ernannt.

An der Wöhlerschule (Realgymnasium) zu Frankfurt a. Main sind die ordentlichen Lehrer Dr. Delsner, Schlimbach, Dr. Valentin, Dr. Hoburg, Dr. Weber, Dr. Schneider, Marx, Dr. Richters und Dr. Wolff zu Oberlehrern befördert worden.

Der praktische Arzt Dr. Rabbert ist mit Belassung des Wohnsitzes in Gemünd zum Kreis-Bundarzt des Kreises Schleiden ernannt worden.

Der Rechtsanwalt Goldmann zu Danzig ist zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Marienwerder, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Danzig, und der Rechtsanwalt Rabath zu Pr. Eylau vom 1. Juli d. J. ab zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Königsberg i. P. mit Anweisung seines Wohnsitzes in Mehlausen ernannt worden.

**Politische Uebersicht.**

Posen, 24. Juni.

Die „Germ.“, welche wieder auf die Ungleichmäßigkeit in der Handhabung des Sperrgesetzes zurückkommt, bemerkt darüber:

Zweifellos würde die Regierung an den staatlichen Alt, welcher die Bischöfe in ihr Amt wieder einsetzt, dieselben Konsequenzen knüpfen, welche die Wiederbesetzung des bischöflichen Stuhles in der Form des § 4 des Sperrgesetzes, sowie die Besetzung des Freiburger Stuhles und des Glaser Großdekanats nach sich gezogen haben. Dann trüte also der eigenthümliche Fall ein, daß z. B. für Münnster, dessen Bischof von der Absehung ereilt wurde, die Staatsleistungen wieder aufgenommen würden, während in Hildesheim, dessen Bischof nicht in diesen schärfsten Konflikt mit dem Staate gerathen ist, die Staatsleistungen gesperrt blieben. Wir wissen freilich, daß alle Bischöfe ganz denselben Standpunkt einnehmen; aber nach staatlichen Anschauungen müßten doch die nicht abgezogenen Bischöfe und ihre Diözesen eher vorgezogen, als zurückgestellt werden. Es trüte also vom Standpunkte der Regierung aus eine vollständige Umkehrung der Gerechtigkeitsverhältnisse ein.

Dagegen wird sich in der That wenig einwenden lassen. Sehr bezeichnend für die Stellung, welche der Klerikalismus jetzt bei uns einzunehmen glaubt, ist es aber, daß die „Germ.“ ihren Artikel wie folgt schließt:

Daraus ergiebt sich, daß spätestens bei der Ausführung des Artikels 2 des neuen Gesetzes von der Vollmacht der Aufhebung der Sperre ein umfassender Gebrauch gemacht werden muß. Wenn dieser Zeitpunkt noch vor den Landtagswahlen eintritt, so ist das feineswegs ein Nachteil für die Regierung.

Einen sehr geistreichen, fast zu geistreichen Artikel über die letzte, „bedeutendste“ Rede des Reichskanzlers im Reichstag schließt der bekannte Verfasser der „Polit. Briefe“ der „Grenzboten“ also:

„Der Kanzler hat das Vertrauen zu den deutschen Dynastien ausgesprochen, daß sie uns über die Gefahren und Krisen hinweghelfen werden, denen das Reich durch den Marasmus der Fraktionskrantheit ausgesetzt werden könnte. Er hat uns nicht gesagt, worin er den Höhepunkt der Gefahr erblickt und wie er sich die Rettung denkt; aber von seinem inneren Auge wird das eine so klar stehen wie das andere.“

Dagegen kommt ein Artikel der Augsburger „Allg. Ztg.“, der sich mit demselben Thema beschäftigt, zu dem folgenden allgemein verständlichen Ergebnis:

„Es bleibt dem Reichskanzler ein doppelter Ausweg offen: entweder er will in Gemeinschaft mit dem Reichstag seine Pläne realisieren, dann löse er auf und erkläre ein verständliches umfassendes Programm der beabsichtigten Reformen, auf welches die Wähler mit Ja und Nein zu antworten haben; oder . . .“

In dem soeben ausgegebenen Heft 24 der „Volkswirtschaftlichen Zeitfragen“ behandelt Dr. Arth. von Studniček „Unsere Binnenschiffahrt“. Es werden Viele überrascht sein, aus dem statistischen Theile dieser Schrift zu erfahren, welche ungemein große Bedeutung dieser wichtige Zweig unseres öffentlichen Verkehrslebens schon gewonnen hat. Der Verfasser bespricht u. A. auch den Einfluß der neuen Wirtschafts- (Eisenbahn- und Zoll-) Politik auf die Binnenschiffahrt, die im Wasserverkehr gemachten technischen Fortschritte, dessen Organisation und die verschiedenen Bestrebungen zur Hebung der Binnenschiffahrt. Durch seine Mitarbeit an dem Zentralorgan derselben, dem „Schiff“, war der Verfasser besser alsemand sonst in der Lage, den gegenwärtigen Stand des Wasserverkehrs richtig und vollständig darzulegen.

Dem am letzten Sonntag (18. Juni) in Dresden abgehaltenen Parteitag der Liberalen Sachsen ist, wie bereits berichtet, eine Versammlung von Vertrauensmännern gefolgt, in welcher die Einsetzung eines Ausschusses beschlossen wurde, der zu gleichen Theilen aus Mitgliedern der Nationalliberalen, der liberalen Vereinigung, welche sich zu diesem Zwecke konstituierte und der Fortschrittspartei in Sachsen bestehen soll. Die Aufgabe des Ausschusses ist lediglich die, das Zusammenwirken aller Liberalen zur Vorbereitung künftiger Wahlen zu sichern. Dieser Beschluß ist das Ergebnis langer Verhandlungen, welche zwischen den Dresdener Mitgliedern dieser Parteien geführt worden sind. Wenn demnach jetzt von Leipzig aus Klage

darüber geführt wird, die Berliner Führer der „Sezessionisten“ hätten die Erwartung getäuscht, man werde den dermaligen Führer der sächsischen Nationalliberalen, den Reichstagsabgeordneten Dr. Stephani, „durch ein einziges Wort der Verständigung darüber vergewissern, daß man nicht hinter ihrem Rücken eine neue Parteibildung scheinbar zu Stande bringen wolle, so ist zu konstatiren, daß die Herren Rickert, Mommen, v. Bunsen und Bamberger einer von Dresden aus ergangenen Einladung gefolgt sind, und daß selbstverständlich die Verständigung mit den sächsischen Gesinnungsgenossen Saché der Dresdener Vertrauensmänner war. Von einem überraschenden Vorgehen hinter dem Rücken des Einen oder Andern kann demnach keine Rede sein. Ob Herr Dr. Schubert, welcher namens der Nationalliberalen Sachsen die Verhandlungen führte, nicht das Recht hatte, als Vertrauensmann der Nationalliberalen in Sachsen aufzutreten, wie in einer Leipziger Mitteilung der „Magdeb. Ztg.“ vom 21. Juni behauptet wird, haben wir demnach nicht zu untersuchen.

In der Sitzung der französischen Deputiertenkammer vom 22. d. hat Kasimir Perier seine zuvor angekündigte Interpellation in Bezug auf die egyptischen Angelegenheiten gestellt. Er verlangte vor Allem Aufklärung über die Lage Frankreichs, wann die Botschafter-Konferenz in Konstantinopel fehlschlägt. Hierauf gab Herr von Freycinet, der Minister des Auswärtigen, einem der „Boss. Ztg.“ am 22. d. Abends zugegangenen Privat-Telegramm aus Paris folgende Erklärung ab:

„Frankreich und England sind einig und haben zusammen die Konferenz veranlaßt. Die Großmächte, eingeladen Theil zu nehmen, wurden einig, ausgenommen die Türkei, welche neutral bleiben wollte, und die Konferenz hält zur Stunde wahrscheinlich ihre erste Sitzung. Die Grundlage, auf welcher die Konferenz zusammentritt, ist Erhaltung des Status quo, also Wiederherstellung der Autorität des Khedive und des Sultans mit ihren respektiven Rechten, Erhaltung der Freiheit und Unabhängigkeit Egyptens, wie sie durch die Firmans geregelt sind. Achtung der internationalen Abmachungen und Verpflichtungen, unter denen auch die zwischen dem Khedive und Frankreich und England figurieren. Ich habe immer erklärt, daß wir niemals an Magregeln teilnehmen, welche die Autonomie des Bialkönigthums schwächen könnten. Die Mächte sind einig geworden, dieses Programm anzunehmen, und von der Berathung jede andere Frage auszuschließen. So zerstreuen sich die Gerüchte über die Annahme dieser oder jener Frage. Unter denen, die man angeführt hat, sind solche, die wir niemals aufzuwerfen gestattet hätten, weil sie essentiell französische sind und bleiben sollen. Außerdem haben die Mächte ein Uneigennützige-Protosoll unterzeichnet, wonach jede Macht es sich verträgt, in den egyptischen Ereignissen irgend einen territorialen oder andern Vorbehalt ohne Zustimmung der anderen Mächte für sich zu suchen. Ich kann also sagen, es gibt wenige Ereignisse, die unter so beruhigenden Auswirkungen beginnen. Was die Instruktionen unseres Botschafters in Konstantinopel betrifft, so verpflichten sie ihn, die Diffusion aller Mittel anzunehmen, die zur Erreichung des angestrebten Ziels, nämlich zur Sicherung des status quo, geeignet sind. Sie verbieten ihm, sich irgend einer Kombination anzuschließen, die hierzu ungeeignet schiene. Indem wir in die Konferenz eintreten, haben wir nichts von unserer Unabhängigkeit aufgegeben. Ich habe die feste Hoffnung, daß wir die Solidarität der Entschließungen und Aktionsmittel annehmen können, welche die Konferenz vereinbaren wird. Würden aber Verhülfen gegeben, die mit unseren Interessen und unserer Würde unverträglich, so würden wir unsere Freiheit zurückgewinnen, denn nach öffentlichen Rechten werden Konferenzbeschlüsse nicht mit Majorität, sondern einstimmig gefasst. Doch ich schließe diese Eventualität aus, denn nach meiner festen Überzeugung wird die Eintracht bis ans Ende bestehen. Was Sprache und Haltung unserer Vertreter auf der Konferenz betrifft, so werden sie die sein, die man von Bevollmächtigten eines großen Landes wie Frankreich erwarten kann. (Großer Beifall; Niemand antwortet.)

Die Antwort Freycinet's auf die Frage Kasimir Periers wurde von der großen Majorität der Kammer demonstrativ bestätigt, während eine Phrase aus der Rede Periers, worin die Möglichkeit einer militärischen Intervention Frankreichs ausgedrückt wird, energische Proteste seitens beinahe der gesamten Kammer hervorrief. Die Haltung der Pforte bezeichnete Freycinet mit der kurzen Phrase, daß dieselbe betriffs der Konferenz wünsche de se tenir à l'écart. Gambetta wohnte der Sitzung bei und es wurde bemerkt, daß er seine Zustimmung ausdrückte, als Perier die Konferenz als „faute“ erklärte.

Die Nachricht, daß trotz der bestimmten Versicherung Freycinet's die Konferenz sich am 22. d. Mts. noch nicht vereinigt hat, macht, wie der „Nat.-Ztg.“ aus Paris gestern telegraphiert, dort einen ungünstigen Eindruck. Es verdient auch bemerkt zu werden, daß am Donnerstag Abend die Börse es ersichtlich ablehnte, der so sehr optimistischen Erklärung des Ministers Vertrauen zu schenken. Aufsässig erscheinen muß ferner, daß Freycinet noch wie vor die völlige Übereinstimmung Englands und Frankreichs, sowie der übrigen Großmächte betont, während der englische Unterstaatssekretär Dilke die Bildung des neuen egyptischen Kabinetts, das von England nicht anerkannt werde, auf die Einwirkung des deutschen und des österreichischen Konfils zurückführt.

Die meisten pariser Abendblätter vom 22. d. stehen unter dem Eindruck der verschiedenen an diesem Tage früh verbreiteten Nachrichten und ergehen sich in Ausfällen gegen England,

das Frankreich im Stiche gelassen und ein Separatabkommen mit der Pforte geschlossen habe. Von allen Abendblättern enthält nur der „Temps“ einen genauen Bericht über die Kammer sitzung vom Donnerstag und die Erklärungen des Konseilpräsidenten, dessen etwas zu sehr optimistische Auffassung der Situation hoffentlich durch die Ereignisse kein Dementi erhalten wird. Eine offizielle Note der „Agence Havas“ in der Form eines Berliner Telegramms lautet dahin, daß Fürst Bismarck dem türkischen Botschafter als Antwort auf die letzte Protestnote entschieden erklärte habe, daß er nicht der Ansicht wäre, die Berathung der Mächte aufzuschieben.

Der Finanzminister Léon Say weilt gegenwärtig in Bordeaux zum Besuch der dort eröffneten Ausstellung. Auf einem ihm zu Ehren gegebenen Banket sagte er u. A.:

Zwischen meinen politischen und meinen wirtschaftlichen Ideen besteht ein enges Band. Die Politik kann nur dann fruchtbar sein, wenn sie sich auf die Volkswirtschaft stützt. Diese Wahrheit ist nirgends besser begriffen worden, als hier in der Gironde, wo man immer nur von den freiheitlichen Prinzipien den Ausschwingen des Handels erwartet hat . . . Ich erinnere mich mit innerer Bewegung, daß ich hier im Jahre 1871 zum ersten Male in eine politische Versammlung eingetreten bin. Unserer Beharrlichkeit und Ausdauer ist es gelungen, eine Regierung zu gründen, welche, wie ich überzeugt bin, die Größe unseres Landes sichern wird. Die Tage, da wir vereint kämpften, sind noch nicht vergessen und die Geschichte wird den Männern Gerechtigkeit widerfahren lassen, die allen Hindernissen zum Trotz ohne Unterlass für die Errichtung der Republik gerungen haben.

Das Gericht, daß England sich durch einen besonderen Vertrag, der am letzten Freitag in London zwischen Lord Granville und dem türkischen Botschafter Musurus Pascha abgeschlossen worden sei, für gewisse Fälle die Besetzung des Suezkanals gesichert habe, erhält sich. Falls es begründet ist, so wird England in der Konferenz lieber die türkischen, als die französischen „Interessen“ unterstützen. Die „République française“ meint, daß, falls Palmerston auferstehen könnte, er sein „Old Britannia“ nach den Meereien von Alexandrien nicht wieder erkennen würde. Allerdings, wenn England noch einen Palmerston hätte, würde es sich erstens nicht mit der Türkei entzweit haben, wie es Gladstone that, und zweitens nie gebüdet haben, daß „Old Britannia“ mit Frankreich gemeinschaftliche Sache in Egypten mache, wo die beiden Mächte Nebenbuhler sind. Und England hat dadurch, daß es sich so weit mit Frankreich eingelassen, sich alle übrigen Mächte entfremdet. Das Gericht, daß Gladstone sich im Geheimen mit dem Sultan absindet, so unwahrscheinlich es klingt, ist dennoch sehr möglich. Für Frankreichs jetzige Isolierung trägt die Schuld allein Gambetta, der auf England zählen zu können glaubte, weil er eines Tages beim Prinzen von Wales gefrühstückt und weil Sir Charles Dilke, als er noch nicht Minister war, den Tischreden Gambettas zulächelte, daß Frankreich und England mit Russland zusammengehen und dem übrigen Europa die Spitze bieten müßten. Was damals zwischen Gambetta einerseits und Sir Charles Dilke und Konsorten andererseits spielte, ist längst kein Geheimnis mehr, und es ist vollkommen begründet, daß die Engländer, nämlich Gladstone, sehr russisch, also antitürkisch gefühlt und fröhlich auf die Pläne Gambettas eingegangen waren. Man hielt Gambetta in London — und dies beweist, wie weitblickend die heutigen Staatsmänner Englands sind — für allmächtig und glaubte, mit ihm gehen zu können. Nachdem es den Irrthum eingesehen, sucht sich England von der französischen Allianz auf anständige Weise loszumachen.

Es ist heute der siebente Tag, schreibt der Korrespondent der „Presse“ unter dem 18. d. aus Petersburg, seit der Ernenntung Tolstojs zum Minister des Innern und man spricht bereits von einer Absicht, zu demissionieren. Auf der Börse wurde gestern dieses Gericht ganz ernsthaft befürchtet. Motive wurden vielerlei angegeben, unter Anderem wollte man wissen, der Zar habe die Absicht, Trepow die Leitung des neu zu bildenden Polizei-Ministeriums zu übertragen. Tolstoi und Trepow konnten sich aber niemals vertragen und jetzt will nun Tolstoi nicht im Amt bleiben, wenn Polizei und Zensur unter seinem Gegner stehen. Andererseits behauptet man, Tolstoi könne keine Gehilfen finden; niemand will einen Theil der Verantwortung für die von ihm zu erwartenden Maßregeln übernehmen. Auch habe das unumwundene Frohlocken der „Moskovskaja Wiedomost“, deren Angriffe gegen alle früheren Regime, selbst gegen den Zaren Alexander II., die öffentliche Meinung stark vor den Kopf gestoßen und von vornherein die ohnehin für Tolstoi schlecht dieponierte Provinz gegen ihn eingenommen. Unter diesen Umständen würde es mich gar nicht verwundern, wenn meine vor sechs Tagen ausgesprochene Vermuthung von der nicht langen Dauer des Ministeriums Tolstojs früher in Erfüllung gehen sollte, als ich meinte.

Egyptens Zukunft soll in einer Konferenz berathen werden, diese Konferenz soll in Konstantinopel tagen, und die Türkei, die nächst interessierte Schutzmacht Egyptens, gedenkt an den Berathungen der Konferenz gar nicht teilzunehmen. Was soll nun eigentlich dabei herauskommen? — das ist die Frage,

welche man allgemein aufwerfen hört. Der gesunde Menschenverstand sagt jedem, daß eine solche Konferenz in der Lustschwelt und gar keinen Zweck hat, ja man möchte sogar behaupten, daß durch eine solche Farce das Schicksal der in Egypten lebenden Europäer noch mehr gefährdet wird als bisher, denn die Konferenz wird sich sammt ihren Beschlüssen lächerlich machen, und die Islamiten lachen bereits darüber, weil der Sultan es unter seiner Würde hält, mitzukonferieren, aber — aber — nun, etwas soll eben geschehen, und wo ein Kongress nicht zu Stande kommt, da stellt die Konferenz sich ein zur rechten Zeit. Zeit gewonnen, Alles gewonnen. Die Türkei zeigt inzwischen eine sehr selbstbewußte Haltung, die sich England und Frankreich gegenüber zur Dreistigkeit steigert. Italien, selbst Spanien und Griechenland wollen neuerdings noch mitsprechen, und so drängt denn Alles auf eine Beschränkung des englisch-französischen Einflusses hin. Es ist nicht schwer, den Schlüssel für das Rätsel der Demütigung Englands und Frankreichs in der Haltung Deutschlands und Österreich-Ungarns zu sehen; letztere treiben türkenfreundliche Politik, und da die europäische und diplomatische Macht die deutsch-österreichische Allianz als politische Führerin anerkennt, so müssen England und Frankreich sich fügen. Russland hat sich ebenfalls nicht in eine türkenfeindliche Position drängen lassen. Unter diesen Umständen feiert die hohe Pforte in Egypten einen Triumph; gestützt von Deutschland und Österreich, in Ruhe gelassen von Russland, ist der fröhle Mann am goldenen Horn auf einmal ein gesunder Junge. Fürst Bismarck mag wohl den Franzosen und Engländern einmal deutlich haben zeigen wollen, daß sie allein im Orient nichts mehr auszurichten vermögen und daß sie ohne Deutschland und Österreich in große Verlegenheiten gerathen, und in dieser bitteren Lehre liegt für die Westmächte eine Mahnung zu gutem Einvernehmen mit Deutschland, also einer friedensfreudlichen Tendenz. Aber leider liegt in der Natur der Orientalen die Hinneigung zur Übertriebung, zum Hochmuth, wo sie irgend eine Schwäche zu bemerken glauben. An der Haltung Arabi Bey's, am Übermutthe der Egypter und Türken erkennt man, daß sie für die richtige Situation kein Verständniß haben, sondern sich bereits wieder als „die Herren“ der Situation betrachten. Das ist eben die natürlichekehrseite der Medaille. (Vergl. die Berliner C.-Correspondenz.)

Der letzte Protest der Pforte gegen die Postkonferenz zur Regelung der egyptischen Frage hat, wie die „Nat. Ztg.“ schreibt, doch eine größere Wirkung erzielt, als die offiziösen Organe in Frankreich und England zuerst zugeben wollten. Die Konferenz ist tatsächlich am 22. nicht zusammengetreten, während der französische Konsulpräsident in der Deputirtenkammer ausdrücklich erklärte, daß die erste Sitzung stattgefunden habe. Unter diesen Umständen muß auch die Versicherung Freycinet's mit großer Vorsicht aufgenommen werden, daß er volles Vertrauen auf ein günstiges Resultat der Konferenz hege.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 23. Juni. [Die Steuer-Reform. Egypten.] Es ist höchst unwahrscheinlich, daß ein gestern in der „Post“ erschienener Artikel über die Steuer-Reform, welcher ein sehr viel bescheideneres Programm für diese aufstellte, als der Reichskanzler noch in seinen letzten Reden, wirklich, wie heute mehrfach in der Presse angekommen wird, eine entsprechende Einschränkung der Bismarckschen Projekte ankündigen sollte. Die Freikonservativen, insbesondere ihr Finanzpolitiker im Abgeordnetenhaus, Herr von Biedenkopf hat auch früher schon die Ausdehnung der sogenannten Reformprojekte bekämpft und von einer Beschränkung derselben die Erhöhung der Chancen ihrer Durchführbarkeit prophezeit. Das Er scheinen eines neuen Artikels dieses Inhalts in dem freikonservativen Blatte ist daher ein sehr schwacher Anhalt für jene Vermuthung, während im Übrigen jedes Anzeichen, das sie bestätigen könnte, fehlt, wohl aber die offiziöse Absage an Herrn von Bemmelen direkt im entgegengesetzten Sinne zu deuten ist: wenn Fürst Bismarck von wesentlichen Punkten seines erst vor kurzester Zeit im Reichstage entwickelten Programms absehen wollte, dann hätte er nicht das Anerbieten des Führers der Nationalliberalen, einen Theil der Reform unterstützen zu wollen, schroff abweisen lassen, selbst wenn er so weit, wie Herr von Bemmelen es vorschlug, in der Einschränkung des letzten Regierungsprogramms nicht gehen wollte; es wäre dann erst ein Versuch, in der Mitte des Weges zusammenzutreffen, gemacht worden. Von dem Gesichtspunkt aus, den der Kanzler verfolgt, bedeutet die Einschränkung der Reformprojekte auch keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der Chancen; denn die Hoffnung, welche gehegt wird, geht dahin, durch die Häufung und die Größe der Versprechungen — oder, um uns nach dem Wunsche des Kanzlers auszudrücken, der aufgestellten Zielen — die Zahl der Anhänger zu vergrößern. Eine neue Veränderung der Reformprojekte ist selbstverständlich nicht ausgeschlossen, aber es ist zu bezweifeln, daß sie in der Richtung einer wesentlichen Beschränkung des Regierungsprogramms erfolgt. Eine solche wird man auch schon darum nicht im Interesse des letzteren erachten, weil allem Anschein nach die Frage der Deckung der durch Erlasse, Ueberweisungen und neue Verwendungen entstehenden Ausfälle vorderhand offen bleiben, die Agitation diesmal nur auf den für populär gehaltenen Theil der „Reform“ beschränkt werden soll — in welchem Falle es auf das Mehr oder Weniger der „Ziele“ ja erst recht nicht ankommt. — Die egyptische Angelegenheit wird von Beurtheilern, welche sich durch die telegraphischen Vertrags-Bemühungen nicht beirren lassen, keineswegs leicht genommen, vielmehr die Möglichkeit, wenn auch nicht Nothwendigkeit, ersten europäischer Verwickelungen betont. Man weist darauf hin, daß das englische Kabinett allzu greifbare Interessen in dem Lande, durch welches die große Straße nach Indien geht,

zu wahren hat, als daß es sich mit Versprechungen des ihm abgeneigten Sultans oder gar des ihm tödfeindlichen Arabi Pascha könnte beruhigen lassen; und man glaubt, daß die englische Regierung nur den Augenblick, sei es der vollständigen Entfernung der Europäer aus Egypten, sei es der Ansammlung einer größeren Macht vor Alexandria abwartet, um allein oder mit Frankreich, dem England vermöge der feindlichen Haltung des Sultans gegen das englische Interesse jetzt näher gebracht ist, als beim Beginn der Verwicklung, vorzugehen. Wenigstens hat es, nach der Ansicht auch fast aller Engländer, nur die Wahl zwischen einer solchen Politik der Wahrung der englischen Interessen auf eigene Haut und einer außerordentlichen moralischen und sachlichen Niederlage. Man ist nicht allseitig überzeugt, daß in dieser Situation für den „ehrlichen Maler“ die Möglichkeit einer erfolgreichen Einwirkung vorhanden sei.

Paris, 20. Juni. [Das Geschiedungsgesetz. Die République gegen die Regierung.] Das Geschiedungsgesetz hat noch die Zustimmung des Senates nötig, bevor es Gesetz wird. Die klerikalen Blätter sind deshalb eifrig bemüht, die Senatoren aufzuladen zu machen. „Nicht genug, daß die Republik unsere Altäre zu besudeln droht, sie besucht auch unser Heim; aber sie mag sich hüten! Das christliche Frankreich hat den alten Wahlspruch noch nicht vergessen: Pro aris et focis! „Univers“ sieht eine Unmasse von Schwierigkeiten bei Auseinandersetzung vorher und fragt: „Was wird der Senat aus diesem unverdaulichen Gesetzen machen?“ Die klerikalen bauen dabei auf die Gambettisten, die zwar nicht ihre Freunde sind, aber sich eifrig bemühen, die jetzige Regierung, die jetzige Mehrheit und die jetzige Republik möglichst in Misskredit zu bringen. Die „République“ ruft heute offen zum Aufstand auf: „In andern Zeiten“, schreibt sie, „hätte sich ohne Zweifel das ganze patriotische und liberale Frankreich bei dieser heillosen Nachricht von der Wiederbesitzergreifung Egyptens durch die Türken und von der Schändung, wo nicht von der vollständigen und endgültigen Vernichtung des französischen Einflusses im Orient erhoben.“ Und nun folgt ein Schwall von Beschuldigungen, in denen Frankreich als elende, heruntergekommene Macht hingestellt und der Tag der Rache angekündigt wird. Dieses Geschrei ist heute wenig gefährlich, man soll aber nicht vergessen, daß Frankreichs Boden augenblicklich mehr als seit Jahren unterwühlt wird: hier von den Ultramontanen, dort von den Kommunarden, hier von den Royalisten, dort von den Gambettisten. Im Vergleich zu dem Gambetta vom Juni 1882 ist Rochefort ein konservativer Politiker.

London, 20. Juni. Der Irlander Thomas Walsh, in dessen Remise in Clerkenwell die am Sonnabend von der Polizei beschlagnahmten Waffenvorräthe gefunden wurden, halte gestern vor dem Polizeigericht in Bow-street sein erstes Verhör zu bestehen. Die Anklage beschreibt ihn des unbefugten und betrügerischen Handels mit Waffen, welche, wie man glaubt, Staatseigenthum sind. Im Laufe der Verhandlung wurde konstatiert, daß die fairsten Gewehre größtentheils den Regierungsstempel tragen. Man vermutet, daß dieselben aus Regierungs-Arsenal gestohlen worden. Andererseits wird behauptet, daß die Regierung vor geraumer Zeit eine große Qualität überflüssiger Gewehre, die in Regierungsfabriken angefertigt worden, verkaufte. Der Rechtsbeistand des Angeklagten erklärte, sein Klient könne sich über den Besitz der Waffen genügend ausspielen, worauf, wie schon telegraphisch gemeldet worden, die Verhandlung um eine Winde vertagt, Walsh aber in Untersuchungshaft behalten wurde.

## Vocales und Provinzielles.

Posen, den 24. Juni.

d. Über das Vertheidigungssystem der Polen bringt der „Dziennik Pozn.“ einen Artikel, in welchem er besonders den von ihm schon öfter erörterten Vorschlag eines von der polnischen Fraktion im Reichstage wie im Abgeordnetenhaus zu stellenden General-Antrages bespricht. Danach soll die polnische Fraktion sich nicht mit dem Geplänkel bei Gelegenheit der Berathung der einzelnen Etats begnügen, sondern vielmehr in der Weise vorgehen, daß sie einen „General-Antrag“ stellt, in welchem alle Forderungen der Polen enthalten sind. Der „Dziennik“ gesteht zwar selbst zu, daß durch einen derartigen Antrag nicht sofort Koncessonen erreicht werden würden, meint aber, derselbe werde Gelegenheit geben, sämtliche Beschwerden und Bedürfnisse der Polen in eine organische Gesamtheit zusammenzufassen und die Gefamtheit der den Polen international und konstitutionell gebührenden politischen und nationalen Rechte auszusprechen. Man müsse den Beweis geben, daß man noch lebe, daß man nicht nur den gelegentlichen parlamentarischen Parteidrägerkrieg führe, sondern den Alt des Vorhandenseins Polens innerhalb der Grenzen des preußischen Staates konstatte und nicht gestatte, daß die Rechte der Polen verjähren. — Es würde danach also ein derartiger „General-Antrag“ zunächst gar keine praktische, sondern nur eine „akademische“ Bedeutung haben sollen!

r. Für das hiesige polnische Theater sind zur Bildung eines eisernen Fonds bis jetzt 6000 Mark beigelegt worden. Der „Dziennik Pozn.“ berechnet, daß ca. 10,000 Personen diese Beiträge aufgebracht haben, während ursprünglich angenommen worden war, daß jeder Pole 10 Pf. beisteuern solle. Von den Städten haben sich am meisten herzoglich Posen und Thorn, ferner Bentschen und Bromberg. Aus einzelnen Kreisen unserer Provinz dagegen, in denen das Polenthum überwiegt, sind nur sehr geringe Beiträge eingegangen. Die polnischen Gutsbesitzer haben viel beigelegt, die polnischen Bauern dagegen, deren Deputierte sich beim Besuch des polnischen Theaters in Posen stets sehr gut amüsirt haben, fast gar nichts. Die städtische Verwaltung von Posen wird 100 Gulden, d. h. 170 M. übersenden. — Es scheint, als wenn mehr als 10—15,000 M. nicht zusammenkommen würden. Mit den Zinsen davon, = 500 bis 750 M. jährlich, ist nicht viel zu subventionieren. Hätte, wie der „Dziennik“ erwartet hatte, jeder Pole 10 Pf. beigelegt, so hätte das einen Ertrag von mindestens einer Million Mark gegeben!

— Bekanntmachung betr. Postaufträge im Verkehr mit Frankreich. Vom 1. Juli ab können den Postaufträgen im Verkehr zwischen Deutschland und Frankreich auch solche Papiere beigefügt werden, welche mangels Zahlung durch Vermittelung der Bestimmungs-Postanstalt zur Aufnahme des Protestes weiter gegeben werden sollen. Der Absender hat in solchem Falle auf der Rückseite des Postauftrags-Formulars den Vermerk: „Sofort zum Protest“ oder „à protester“ niederzuschreiben, auch ebendaselbst unter Hinzufügung von Datum und Namens-Unterschrift zu vermerken, „daß er sich verpflichte, den etwaigen Betrag der

Postaufträge nach erfolgter unmittelbarer Auflösung an den Berechtigten gelangen zu lassen. Die Namhaftmachung einer bestimmten mit der Aufnahme des Protestes zu betrauenden Person ist statthaft, aber nicht erforderlich. Eintrittendesfalls ist für solchen Vermerk vom Absender ebenfalls die Rückseite des Postauftrags-Formulars zu benutzen.

Berlin W., den 16. Juni 1882.  
Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.  
Stephan.

S. Etablissement „Neue Welt“. Zu den bereits seit Dezennien oder seit einigen Jahren bestehenden größeren Gartenabstimmungen vor dem Königs- und dem Berliner Thore: Reichsgarten, alter Bahnhofsgarten (welcher i. J. 1848 angelegt wurde), Schweizergarten, Bartoldshof und Feldschlößergarten, ist in diesem Jahre noch das Etablissement „Neue Welt“ hinzugekommen. Man erkennt an dieser Anlage so recht, wie rasch bei vielleicht ungünstigen Bodenverhältnissen, aber jüngstiger Pflege auch in unserer Gegend Bäume emporwachsen. Der große Garten des Etablissements, wohl einer der größten in unserer Stadt und deren Umgegend, wurde im Jahre 1872 von dem Brauereibesitzer Hoffmann angelegt, nachdem der früher demselben gehörige Feldschlößergarten in den Besitz einer Aktiengesellschaft übergegangen war; in derselben Zeit ist auch die stattliche Villa im hinteren Theile des Gartens errichtet worden. Im vorigen Jahre ging die Villa nebst Garten &c. in den Besitz des Kaufmanns Gehlen über, und Garten nebst dem unteren Geschosse der Villa sind an Herrn Breitbach verpachtet worden, welcher dort das Etablissement „Neue Welt“ angelegt hat. Die zahlreichen Bäume in dem Garten sind seit dem Jahre 1872 derartig herangewachsen, daß sie den kühlen Schatten spenden; auch verleihen die Rosenläuse mit den auf denselben gepflanzten Rosensträuchern und sonstigen Blumen dem Garten einen besonderen Reiz. Bei Regenwetter findet selbst ein zahlreiches Publikum in der neu errichteten Kolonnade, sowie in den schönen Parterre-Räumen der Villa Unterkommen. Das Etablissement erfreut sich, besonders bei den von dem strebsamen Inhaber, Herrn Breitbach, veranstalteten Sommerfesten, stets eines sehr zahlreichen Besuches.

r. Witterung. Nachdem es seit dem 8. d. M. (dem Nedardusstage) zwei Wochen lang fast Tag für Tag, außer vorigen Sonnabend und Sonntag, geregnet und dabei die Temperatur sich bedeutend abgefühlt hatte, haben wir seit gestern das schönste Wetter. Gestern Nachmittags stieg die Temperatur auf 28 Grad R. in der Sonne.

r. Ein kleiner Brand stand am 22. d. M. bei einem Kaufmann im Hause Wallische 37 statt. In dem Hausslure befindet sich dort nemlich ein in die Wand eingelassenes Spind, in welchem verschiedene Sachen, Kisten &c. auch ein kleines Faß Spiritus aufbewahrt war. Der Haushälter des Kaufmanns wollte nur Nachmittags aus dem Faß Spiritus entnehmen und bediente sich dabei, da es dort dunkel ist, eines Lichtes, welches sich jedoch nicht in einer Laternen befand. Als nun der Spiritus aus dem Faß in die untergestellte Kanne lief kam der Haushälter mit dem Lichte dem Spiritus zu nahe, und sofort stand dieser in Brand. Der Haushälter warf Kanne und Licht hin und machte Lärm. Das Geschäftspersonal des Kaufmanns, sowie einige Leute aus dem Hause eilten hinzu, und warfen Sand und nasse Säcke auf den brennenden Spiritus, entfernten auch sofort das Spiritusfaß, so daß der Brand rasch gelöscht und alle Gefahr beseitigt wurde.

r. Überfahren wurde gestern Vormittags ein Dienstmädchen an der Ecke der Wroncer und Krämerstraße durch ein von einem Husaren gelenktes Fuhrwerk; die Räder gingen dem Mädchen über die linke Schulter und den linken Arm, ohne indeß erhebliche Verletzungen zu verursachen. Die Schuld trifft den Führer des Fuhrwerks, da derselbe im schärfsten Trabe durch die Straße dahinjagte, so daß das von der Krämerstraße kommende Mädchen nicht auszuweichen vermochte, von den Pferden umgestoßen wurde, und so unter den Wagen geriet.

r. Diebstahl. Einer Dame, welche in einer hiesigen Apotheke ihr Portemonnaie auf den Ladentisch gelegt hatte, ist es von dort durch eine andere Person, welche in die Apotheke getreten war, um etwas zu kaufen, unbemerkt gestohlen worden. — Verhaftet wurde ein Bürodiener, welcher seinem Prinzipal, einem hiesigen Ingenieur, 100 M. unterschlagen und Zigarren im Werthe von 3 Mark entwendet hat. — Verhaftet wurden gestern vier Knaben, welche vor einigen Tagen aus dem zoologischen Garten 6 Kaninchen und ein Bünd Schlüssel entwendet haben.

d. In Buk hat die Stadtverordnetenversammlung, welche aus 6 Polen und 3 Deutschen besteht, Herrn Noll, welcher bisher bei der hiesigen Polizeidirektion angestellt war, zum Bürgermeister gewählt.

Da Herr Noll ein Deutscher ist, so macht der „Dziennik Pozn.“

der Stadtverordnetenversammlung einen schweren Vorwurf daraus, daß sie keinen Polen gewählt habe. Jedemfalls ist es den Stadtverordneten nur darauf angekommen, einen tüchtigen Mann, ganz gleich, ob derselbe ein Deutscher oder ein Pole sei, zu ihrem Bürgermeister zu wählen!

g. Nativisch, 22. Juni. [Augenkrankheiten. Urlaub. Ferien.] Bei dem gestern beendigten diesjährigen Ober-Ersatzgeschäft ist eine nicht unbedeutende Anzahl junger Leute mit der sogenannten egyptischen (granulösen) Augenkrankheit behaftet gefunden worden, die einzeln bereits einen solchen Grad erreicht hatte, daß eine Heilung kaum noch möglich ist, trotzdem die Krankheit sehr leicht besiegt werden kann, wenn rechtzeitig ein Arzt zu Rate gezogen wird. Man sieht, wie samstags gewisse Volksklassen in dieser Beziehung sind. Am vorigestrigen Tage hat der Kreis-Schulinspektor Wenzel hier einen schwäbischen Urlaub angetreten und wird während dieser Zeit vom Herrn Seminar-Direktor Laslowski hier selbst vertreten. — In den seiner Aufsicht unterstellten Schulen beginnen die Sommerferien am 24. Juli und enden am 12. August.

## Wollmarkt.

Güstrow, 23. Juni. Die Zufuhr betrug 1250 Str., das Schurgewicht war etwas geringer als im vorigen Jahre. Die Wäschwaren durchschnittlich sehr gut, das Geschäft bewegte sich anfangs schleppend, wurde aber dann belebter. Um Mittag waren bereits sieben Achtel des gesamten Marktes verkauft. Die Preise beliefen sich auf 155—170, vereinzelt auch bis zu 180 M.

## Telegraphische Nachrichten.

Ems, 23. Juni. Se. Majestät der Kaiser machte heute früh die gewohnte Brunnenpromenade. Zum gestrigen Diner bei Sr. Majestät waren der Fürst von Sayn-Wittgenstein-Sayn, Prinz Hermann von Solms-Braunsfeld, der Oberpräsident von Hessen-Nassau, Graf zu Eulenburg, der Schloßhauptmann Frhr. v. Freytag und der Obersilfleurant Hueger geladen. Abends wohnte der Kaiser der Theatervorstellung bei.

Marseille, 23. Juni. Die Häfen von Brest und Cherbourg haben Befehl erhalten, die Panzerschiffe „Jeanne d'Arc“, „Baleureuse“, „Flandre“, „Surveillante“ und „R.ine Blanche“ geeiftert zu machen. Aus verschiedenen nördlichen Häfen wurden circa 1300 Seeleute nach Toulon beordert. Die auf Urlaub befindlichen Seeoffiziere sind telegraphisch zurückberufen worden. Das Evolutionsgeschwader liegt auf der Rhône von Toulon fortbauernd feebereit. Im Arsenal stehen weitere Panzerschiffe und Kreuzer disponibel.

London, 23. Juni. [Unterhaus.] In Beantwortung

der gestern von Northcote angekündigten Interpellation erklärt Gladstone Folgendes:

Die Pforte sei gegenwärtig gegen die Konferenz, von dem von den heutigen Morgenblättern veröffentlichten neuen Rundschreiben der Pforte habe die Regierung keine Kenntnis. Die Instruktionen für die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens auf der Konferenz seien gestern in Konstantinopel eingetroffen, die Instruktionen für die Vertreter Deutschlands und Russlands seien jetzt ebenfalls angelangt; hinsichtlich der Instruktionen für den Vertreter der österreichischen Regierung sei er ohne definitive Information, es liege aber kein Grund vor, zu erwarten, daß Österreich eine isolierte Stellung einnehmen werde. Was die Entschädigungsforderung für den Verlust britischer Menschenleben und britischen Eigentums in Alexandrien anbelange, so werde dieselbe gegen die in Egypten de facto bestehende Regierung erhoben werden; auf diese rechte England in erster Linie auch wegen Aufrechterhaltung der Ordnung. Was die zukünftige Wahrung der Ordnung betreffe, so rechne England auf die Maßregeln der Konferenz. Falls die de facto bestehende egyptische Regierung die Ordnung nicht aufrecht erhalten sollte, seien die lokalen diplomatischen Agenten Englands mit genügenden Instruktionen versehen.

Auf eine weitere Frage Bartlett's erwiederte Gladstone, die Gesamtfrage der Kontrolle der Verwaltung und der Neutralisierung des Suezkanals sei von der Konferenz ausgeschlossen. Unterstaatssekretär Dilke erwiedert auf eine Anfrage Mac Coan's:

Hinsichtlich der Legalität der Finanz-Kontrolle in Egypten beständen jetzt noch dieselben Bürden wie bisher. Was aber die temporäre Stellung der Finanzkontrolleure angehe, so seien dieselben der Ansicht, ihre Gegenwart in den Sitzungen des Ministerraths würde die Militärpartei stärken, indem sie dadurch deren Ansprüche anscheinend sanktionieren und den Einfluss der Kontrolle vermindern würden. Aus diesen Gründen nähmen die Finanzkontrolleure davon Abstand, sich zu den Sitzungen des Konsells einzufinden.

Chaplin beantragt für Montag die Annahme folgender Resolution: Das Haus betrachtet mit Unruhe und Besorgniß die Lage der britischen Unterthanen in Egypten und betont die gebietserische Notwendigkeit prompter und entschlossener Schritte zu deren Schutz.

[Oberhaus.] Lord Granville erklärt auf eine Anfrage Lord Salisbury's wie er soeben erfahre, habe auch Österreich seinen Vertreter auf der Konferenz mit Instruktionen versehen.

**London**, 23. Juni. Dem Parlament ist ein neues Blaubuch über die egyptischen Angelegenheiten vorgelegt worden, welches den Zeitraum vom 6. Februar d. J. bis zum 16. Mai d. J. umfaßt. Unterm 11. Februar richtete Lord Granville eine Depesche an die diplomatischen Vertreter Englands in Berlin, Wien, Rom und Petersburg, worin er einen Meinungsaustausch der Mächte über die egyptische Frage empfahl. Der englische Botschafter in Berlin, Lord Amp'hill, antwortete unterm 15. Februar, Fürst Bismarck sei der Ansicht, daß ein Ideenaustausch der Aufrechterhaltung des Friedens dienlich sein werde und habe hinzugefügt, England und Frankreich hätten einen diplomatischen Status quo in Egypten erworben, der nicht bekräftigt werden dürfe. Fürst Bismarck begünstigte persönlich eine Intervention des Sultans, würde aber einen andern von den Mächten gemeinschaftlich sanktionierten Vorschlag nicht beanstanden. Eine Depesche Lord Granville's an den Botschafter Lord Lyons in Paris vom 24. April macht den Vorschlag, daß der Sultan einen türkischen General nach Egypten senden solle, um in Gemeinschaft mit einem englischen und einem französischen General die Disziplin in der egyptischen Armee wiederherzustellen.

Ministerpräsident Freycinet benachrichtigte Lord Lyons unterm 3. Mai, die französische Regierung beansprache Lord Granville's Vorschlag, weil die Pforte, wenn der moralische Einfluß der drei Generale die gewünschte Wirkung nicht haben sollte, auf der Entsendung von türkischen Truppen bestehen würde. Der deutsche Botschafter Graf Münster theilte Lord Granville am 3. Mai mit, Fürst Bismarck begünstigte noch immer die Verwendung türkischer Truppen und sei gegen eine englisch-französische Okkupation, weil er glaube, daß eine solche zu einem Zerwürfnis zwischen den Westmächten führen würde. Der Botschafter Tissot wiederholte Granville gegenüber die Einwände Freycinet's gegen eine Intervention der Türkei und fügte hinzu, falls sich die englische Regierung nicht unverzüglich entschlossen gegen dieselbe erkläre, würde sie eine solche unvermeidlich machen. Granville erwiederte, die türkische Intervention erscheine der englischen Regierung, obwohl dieselbe viele Unbequemlichkeiten involviere, als dasjenige Auskunftsmitteil, gegen welche sich die wenigsten Einwände erheben ließen. Lord Lyon's meldete Granville am 12. Mai, Freycinet habe die Entsendung englischer und französischer Kriegsschiffe nach Alexandrien vorgeschlagen und habe ferner den Vorschlag gemacht, England und Frankreich sollten durch ihre Vertreter in Konstantinopel die Pforte ersuchen, vorläufig sich jeder Einmischung in Egypten zu enthalten; gleichzeitig sollten die übrigen Großmächte von der Entsendung des Geschwaders in Kenntnis gesetzt werden mit dem Ersuchen, ähnliche Weisungen nach Konstantinopel zu senden. Die französische Regierung fahre fort, die Intervention der Türkei zu bekämpfen. Sie würde es aber nicht als eine Intervention ansehen, wenn die nach Egypten berufenen türkischen Truppen unter der Kontrolle der Westmächte operieren würden. Sollte die französische Regierung es nach Ankunft der Geschwader für ratsam erachten, Truppen zu landen, so würden sie hierzu die türkischen Truppen unter der erwähnten Bedingung requiriren. Granville antwortete am 13. Mai auf die Vorschläge Freycinet's zustimmend, indem er zugleich den Einwendungen der französischen Regierung gegen den Vorschlag auf Entsendung von Generalen nach Egypten nachgab. In einer Depesche Granville's an den Botschafter in Paris, Lord Lyons, vom 15. Mai heißt es, Granville und Gladstone befürworten, daß die übrigen Mächte nicht zur Kooperation eingeladen werden seien; die englische Regierung halte dies für einen Fehler, aber da die französische Regierung sich dagegen ablehnend verhalte, so wolle England dem eingeschlagenen Verfahren seine Zustimmung nicht versagen.

**London**, 23. Juni. Für die Dauer der durch Gesundheitsrücksichten veranlaßten Abwesenheit des Generalkonsuls Malet in Egypten ist dem Vernehmen nach Cartwright, bisher Beamer

des auswärtigen Amtes, zum geschäftsführenden Generalkonsul ernannt. Cartwright reiste bereits Ende der vorigen Woche ab.

**Petersburg**, 23. Juni. Wie der „Golos“ erfährt, hat das Ministerkomite beschlossen, das Eisenbahnnetz Russlands alljährlich um 1000—1200 Werst zu erweitern und zunächst folgende Zweigbahnen in Angriff zu nehmen:

nach Schmerinska, Lagan, Millerowo, Dorfshof, Wiasma und von einer Station der Rostow-Wladikawcas-Eisenbahn nach Noworossijsk, ferner im östlichen Donbaskreis von der Station Swerow und Woronej an der Rostowbahn zur Wolga, sodann eine Bahn von Windau nach Tukum, die leste aber nur, wenn zum Bau der selben Privatmittel ohne Hilfe von Kronegloern beschafft werden, und Zuluhrbahnen nach Perefon und den Eltonalzbergwerken und die Strecke Pensa-Losowaja.

**Petersburg**, 23. Juni. Das „Journal de St. Petersbourg“ bespricht das letzte Rundschreiben der Pforte. Abweichend von denselben hielt England und Frankreich es nicht für erwiesen, daß die Ruhe in Egypten wieder hergestellt sei. Die Pforte sage, es sei die Mission Derwisch Paschas, den status quo wieder herzustellen. Sei dies das Ziel, so sei es ein und dasselbe, welches die europäischen Kabinete verfolgen. Die Konferenz könne also den Interessen der Türkei keinen Eintrag thun, noch die Bemühungen Derwisch Paschas paralystrn.

**Warschau**, 22. Juni. Der Großfürst Michael ist heute Abend 8 Uhr hier eingetroffen und im Schlosse Belvedere abgestiegen. Die Stadt ist mit Flaggen geschmückt.

**Konstantinopel**, 23. Juni. Die Pforte setzt in allen Neuverhandlungen ihre Bemühungen fort, die Mächte zu überzeugen, daß die Mission Derwisch Paschas zum erwünschten Ziel geführt habe, indem gegenwärtig Veruhigung in Egypten herrsche; es scheine ein Zustand geschaffen, der auch den fremden Interessen genügen und besondere Konferenzberathungen überflüssig machen dürfte.

**Belgrad**, 22. Juni. Ein Erlass des Königs ermächtigt den Minister des Innern, der Skupschina einen Gesetzentwurf wegen Einschränkung der Presselfreiheit vorzulegen.

**Belgrad**, 23. Juni. Die Skupschina hat auf den Wunsch des Finanzministers ein aus 22 Mitgliedern bestehendes Komite gewählt, welches das gestern vom Minister gegebene Finanz-Exposé und die mit der neuen Gesellschaft abgeschlossene Eisenbahnkonvention prüfen soll.

**Alexandrien**, 22. Juni. Der Rhedine soll die Absicht nach Kairo zu gehen aufgegeben haben. — Hier sind Briefe des deutschen Reisenden Juncker eingetroffen, datirt Corumboland, Dezember v. J.

Berantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Anserate übernimmt die Redaktion keine Berantwortung.

#### Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
23. Nachr. 2	756,0	N schwach	halbheiter	+23,7
23. Abends 10	758,0	NW schwach	heiter	+18,4
24. Morgs. 6	759,2	S mäßig	wolkenlos	+19,9
Am 23. Wärme-Maximum +27°0 Cels. Wärme-Minimum +11°8				

#### Wetterbericht vom 23. Juni, 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeressnv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Mullaghmore	752	SD	2 halb bedeckt	13
Aberdeen	755	SSD	1 Regen	11
Ghribiansund	764	DSO	5 wolfig	19
Copenhagen	762	DSO	2 bedeckt	14
Stockholm	769	O	8 heiter	20
Haparanda	773	still	wolkenlos	18
Petersburg	—	N	2 heiter	20
Koslow	761	N	2 heiter	20
Torl, Queenst.	753	SW	4 heiter	13
Brest	758	WSW	4 bedeckt	13
Helgoland	758	SW	1 Regen	15
Salt	761	SD	1 wolkenlos	17
Hamburg	761	DSO	3 wolkenlos	18
Swinemünde	763	S	1 wolfig	18
Neufahrwasser	764	NO	1 bedeckt	16
Meme	763	DSO	4 heiter	21
Paris	762	S	1 bedeckt	14
Münster	760	S	2 wolfig	19
Karlsruhe	762	SW	3 wolfig	21
Wiesbaden	761	S	1 halb bedeckt	18
München	765	still	heiter	18
Leipzig	762	S	2 heiter	19
Berlin	762	O	1 heiter	18
Wien	763	still	wolkenlos	16
Breslau	764	NW	1 wolkenlos	17
Ne d'Az	761	SW	2 Regen	14
Nizza	764	O	3 halb bedeckt	17
Triest	764	still	heiter	21

1) Seegang leicht. 2) Dunst, Thau. 3) Nachmittags kurzer Sprühregen. 4) Abends dunstig.

Skala für die Windstärke:

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = sturmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Norddeutschland, 2. Küstzone von Irland bis Ostpreußen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Uebersicht der Witterungen.

Bei den in ganz Europa nur unbedeutenden Aenderungen des Luftdrucks hält das fast überall ruhige Wetter noch an. Nur in einer schmalen Zone der mittleren Ostsee wehen seit einigen Tagen stürmische östliche Winde. Neben einem quer über Deutschland und Österreich sich von NW nach SSO verbreitenden Streifen und den äußerdeutschen Ostseeküsten ist das Wetter heiter, vielfach wolkenlos bei im zentralen Theile meist normaler, im Norden zu warmer Temperatur. Altdorf hatte um Mitternacht Gewitter, Haparanda heute Morgen starken Erdstoß.

Deutsche Seewarte.

Posen, am 23. Juni	Morgens 0,5 Meter
23.	0,52
24.	0,54

#### Telegraphische Börsenberichte.

##### Fonds-Course.

**Frankfurt a. M.**, 23. Juni. Effeten-Societät. Kreeditaktien 266, Franzosen 269, Lombarden 116, Galizier 267, österr. Goldrente —, ungarische Goldrente 74, II. Orientanleihe —, österr. Silberrente —, Egypter 57, III. Orientanl. —, 1860er Russen —, Wiener Bankverein —, 1860er Loose —, Diskonto-Kommandit —, Fest.

**Wien**, 23. Juni. (Schluß-Course.) Ruhig. Spekulationspapiere auf Konferenznachrichten abgeschwächt, ungarische Renten schwach.

Papierrente 76,32, Silberrente 77,00, Oesterl. Goldrente 94,35.

5-proz. ungar. Goldrente 119,85, 4-proz. ung. Goldrente 88,02.

5-proz. ung. Papierrente 85,45, 1854er Loose 119,70, 1860er Loose 129,70, 1864er Loose 169,70, Kreditloose 175,50, Ungar. Prämien 117,50, Kreeditaktien 308,60, Franzosen 313,75, Lombarden 135,00, Galizier 309,75, Rajch-Oderb. 147,50, Bardubitzer 150,20, Nordwestbahn 274,50, Oesterreich-ungar. Bank —, Türk. Loose —, Unionbank 119,70, Anglo-Austr. 121,50, Wiener Bankverein 113,50, Ungar. Kredit 302,00, Deutsche Plätze 58,75, Londoner Wechsel 120,15, Pariser do. 47,75, Amsterdamer do. 99,30, Napoleons 9,50, Dutaten 5,64, Silber 100,00, Marcknotes 58,75, Russische Banknoten 1,20, Lemberg-Gernowiz —, Kronpr. Rudolf 167,00, Franz-Josef —, Dur-Bodenbach —, Böhm. Westbahn —, Buschtherader Bahn 181,50, Tramman 222,50.

4-prozent. ungar. Bodenkreit-Bandbriefe —, Elbthal 217,75, 5-proz. österr. Papierrente 99,00, ungar. Goldrente —, Buschtierader B. 181,50, Ungar. Präm. 117,50, Eskomte —.

Nachbörse: Ungar. Kreditaktien 304,50, österr. Kreditaktien 311,75, Papierrente 76,40, Franzosen 315,50, Elbthal 220,00, Steigend.

**Paris**, 23. Juni. Boulevard-Berleb. 3prozent. Rente 81,45, Anleihe von 1872 114,70, Italiener 89,87, österr. Goldrente 111,80, Türkische 52,00, Spanier inter. —, do. extér. 28, ungar. Goldrente —, Egypter 286,00 3prozent. Rente 1877 Russen —, Franzosen —, Lombarden —, Fest.

**Florenz**, 23. Juni. 5pct. Italien. Rente 92,28, Gold 20,59.

**London**, 23. Juni. Consols 99,4, Italien 5prozent. Rente 88, Lombard. 11,8, 3prozent. Lombarden alte 11,8, 3prozent. do. neue 11,8, 5prozent. Russen de 1871 —, 5prozent. Russen de 1872 82, 5prozent. Russen de 1873 82

## Produkten-Börse.

Berlin, 23. Juni. Wind: SO. Wetter: Schön.

Weil gestern die prachtvolle Witterung den erwarteten, verflauen den Eindruck nicht hervorgebracht hatte, so glaubte man heute die Fortsetzung der gestrigen Besserung erwarten zu dürfen, aber der Markt war nur bei seinem Beginnen fest.

*Loko-Wiegen* behauptete seiner Werte. Der Terminhandel verlief äußerst still. Die Kurie wurden anfänglich mehr höher gesprochen, als praktisch angelegt — aber ebenso ging es hernach mit den niedrigeren Notirungen, welche übrigens kaum anders als gestern schlossen.

*Loko-Roggan* schwach angeboten, erzielte höhere Preise. Im Teminerkehr gab es anfänglich höhere Gebote, aber sie hielten nicht lange vor. Die Öfferten, theils in Realisation, theils fortgesetzte Baisse-Spekulationen, erlangten das Übergewicht, weshalb die Kurie schnell ins Weichen gerieten und wenig verändert gegen gestern schlossen; nur nahe Sicht hatte noch eine Erhöhung aufzuweisen, weil ein Theil der per Mai abgenommenen Waare in andere Hände — zur Vermählung — übergegangen ist. Der Depot wurde dadurch wieder merklich größer.

*Loko-Häfer* matt. Termine behauptet.

*Roggan* mehl höher mit matterem Schluss.

*Mais* still.

*Kübel* wenig belebt und schwach preishaltend.

*Petroleum* behauptet.

*Spiritus* in effektiver Waare merklich theurer, erfreute sich auch auf Termine ziemlich reger Frage und durchgängiger Besserung, welche sich schließlich aber nur für laufende Sicht ganz zu behaupten vermochte.

*Weizen* per 1000 Kilo loko 198—228 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmeld. — bezahlt *Wiesloch* nördlicher — 0: ab Bahn

bez., per Juni 208 bez., per Juni-Juli 208 bez., per Juli-August 204—203½ M. bezahlt, per August-September — M. bez., per September-Oktober 202—201½ bez., per Oktober-November 202—201 M. bezahlt. — Gekündigt 10,000 Bentner. — Regulierungspreis 208½ M. — *Roggan* per 1000 Kilo loko 146 bis 160 M. nach Qualität gefordert, inländischer 151—156 M. ab Bahn bezahlt, seiner do. — M. ab Bahn bezahlt, polnischer 146—151½ M. bezahlt, per Juni 149½ bis 150½ bis 149½ M. bezahlt, per Juni-Juli 149—150—149 M. bezahlt, per Juli-August 148—148½—147 M. bezahlt, per August-September — M. bezahlt, per September-Oktober 146—146½—145—145½ M. bezahlt, per Oktober-November 146—145—145½ M. bezahlt. — Gekündigt 4000 Bentner. — Regulierungspreis 150 M. — *Gerste* per 1000 Kilogramm loko 120—190 M. nach Qualität gefordert. — *Hafner* per 1000 Kilo loko 125 bis 167 M. nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 126 bis 144 M. bezahlt, ost- und westpreußischer 134 bis 145 M. bezahlt, pommerischer und Niedermärker 144 bis 147 M. bezahlt, schlesischer 130 bis 143 M. bez., f. do. 154—157 M. bezahlt, böhmischer 130 bis 143 bez., sein weiß mecklenburgischer — M. ab Bahn bezahlt, per Juni 136 M. bez., per Juni-Juli 135½ M. bezahlt, per Juli-August 135½ M. bezahlt, per August-September — M. bezahlt, per September-Oktober 133½ M. bez. — Gekündigt 1000 Bentner. — Regulierungspreis 135½ M. — *Erbsen* per 100 Kilo Kochmaare 155 bis 190 M. Futterwaare 133—153 M. — *Mais* per 1000 Kilo loko 148—158 M. nach Qualität gefordert, per Juni 149½ M. bez., per Juni-Juli 144 M., per Juli-August 143 bez., per September-Oktober 139½ M. — Gekündigt — Bentner. — Regulierungspreis — M. — *Weizenmehl* per 100 Kilogramm brutto 0: 30,50 bis 29,50 M. — 0: 29,0 bis 28,00 M. 0/1: 27,50 bis 26,50 M. — *Roggan*

mehr inf. Sach 0: 22,50 bis 21,50 M. 0/1: 21,25 bis 20,25 M. — M. per Juni 21,15—21,05 M. bezahlt, per Juni-Juli 21,00—20,85 M. bez., per Juli-August 20,75 bis 20,65 bezahlt, per August-September — bezahlt, per September-Oktober 20,55 bis 20,40 bez., per Oktober-November 20,35—20,25 M. bez. — Gekündigt 500 Str. — Regulierungspreis 21,10 M. — *Deljat* per 1000 Kilo — M. Winterراس — M. Winterläufen per Juli-August 245 bis 250 M. — *Nübel* per 100 Kilo ohne Fas. 58,0 M. bezahlt, per Juni-Juli 59,0 M. — M. per Juni 58,5 M. bezahlt, per Juni-Juli 58,0 M. bez., per Juli-August — M. bezahlt, per September-Oktober 56,9 M. bezahlt, per Oktober-November 56,7 M. bezahlt, per November-Dezember 56,5 M. bezahlt. — Gekündigt — Bentner. — Regulierungspreis — M. — *Leinöl* per 100 Kilo loko — M. — *Petroleum* per 100 Kilo loko 23,5 M. per Juni 23,0 M. per Juni-Juli — M. — M. per September-Oktober 23,0 M. per Oktober-November 23,5 M. — M. per November-Dezember — bezahlt. — Gekündigt — Bentner. — Regulierungspreis — M. — *Spiritus* per 100 Liter loko ohne Fas. 46,2—46,1—46,2 bezahlt, mit Fas. — M. bezahlt, per Juni 46,4 bis 46,6 bis 46,5 M. bezahlt, per Juni-Juli 46,4—46,6—46,6 M. bezahlt, per Juli-August 46,5—46,8—46,6 M. bezahlt, per August-September 47,2—47,5—47,2 M. bezahlt, per September-Oktober 47,7 bis 48,0 M. bezahlt, per Oktober-November 47,3—47,5—47,3 M. bezahlt, per November-Dezember 47,1—47,3—47,1 M. bezahlt. — Gekündigt 10,000 Liter. — Regulierungspreis 46,5 M.

(B. B.-3.)

Berlin, 23. Juni. Die Spekulation scheint denn doch nun erkannt zu haben, daß sie sich gestern einer ganz unbegründeten Überflützung hingegeben hat und man bemühte sich demzufolge, die gestrigen Rückgänge wenigstens in etwas wieder auszugleichen. Anfänglich herrschte zwar noch eine ziemlich matte Tendenz, die in der Devesche des W. T. B. aus Marseille auch Abahrung zu finden schien, es griff aber bald nach Beginn des offiziellen Verkehrs eine recht feste Haltung Platz, zumal von der Pariser Börse wesentlich befahrene Nachrichten vorlagen. Ausschlag gehende politische Ereignisse waren nicht gemeldet, und es läßt sich zur Zeit überhaupt nicht absehen, welchen Verlauf die ägyptische Angelegenheit nehmen könnte; es gewinnt aber

*Fonds* u. Aktien-Börse.

Bonn, 23. Juni 1882. *Fonds* u. Aktien-Börse.

Brennholz Fonds- und Geld-Courte.

Preuß. Cons. Anl. 104,50 b/G

do. neue 1878 101,75 B

Staats-Anleihe 101,00 b/B

Staats-Schuldholz 99,25 b/G

Ob.-Deichs.-Obl. 102,70 B

Berl. Stadt-Obl. 102,70 B

do. 96,00 G

Salzb. d. B. Kfm. 108,50 G

Bündebriebe: Schles. Bod.-Cred. 102,40 b/G

Berliner 10,50 G

do. 104,50 b/G

Bandisch. Central 101,30 G

Kur. u. Neumärk. 95,25 G

de. neue 91,60 G

do. 101,80 G

Amerik. gel. 1881 91,60 b/G

do. do. 1885 100,80 b/G

do. Bds. (fund.) 101,30 G

do. Rorweyer Anleihe 92,60 b/G

do. Ottens. Goldrente 129,80 G

do. Pap.-Rente 80,80 b/G

do. Silber-Rente 64,80 b/G

do. 102,30 G

do. 102,30 G

do. Gr. 100 f. 1858 535,00 b/G

do. Gr. 100 f. 1860 121,30 B

do. do. 1864 325,50 G

do. do. 1864 101,75 b/G

do. do. 101,10 b/G

do. 102,60 G

Amerik. gel. 1881 91,60 b/G

do. do. 1885 100,80 b/G

do. Bds. (fund.) 101,30 G

do. Rorweyer Anleihe 92,60 b/G

do. Ottens. Goldrente 129,80 G

do. Pap.-Rente 80,80 b/G

do. Silber-Rente 64,80 b/G

do. 102,30 G

do. 102,30 G

do. Gr. 100 f. 1858 535,00 b/G

do. Gr. 100 f. 1860 121,30 B

do. do. 1864 325,50 G

do. do. 1864 101,75 b/G

do. do. 101,10 b/G

do. 102,60 G

do. alte A. 101,20 b/G

do. neue I. 100,90 b/G

do. II. Serie 102,30 G

do. do. 102,30 G

do. Gr. 100 f. 1858 535,00 b/G

do. Gr. 100 f. 1860 121,30 B

do. do. 1864 325,50 G

do. do. 1864 101,75 b/G

do. do. 101,10 b/G

do. 102,60 G

do. alte A. 101,20 b/G

do. neue I. 100,90 b/G

do. II. Serie 102,30 G

do. do. 102,30 G

do. Gr. 100 f. 1858 535,00 b/G

do. Gr. 100 f. 1860 121,30 B

do. do. 1864 325,50 G

do. do. 1864 101,75 b/G

do. do. 101,10 b/G

do. 102,60 G

do. alte A. 101,20 b/G

do. neue I. 100,90 b/G

do. II. Serie 102,30 G

do. do. 102,30 G

do. Gr. 100 f. 1858 535,00 b/G

do. Gr. 100 f. 1860 121,30 B

do. do. 1864 325,50 G

do. do. 1864 101,75 b/G

do. do. 101,10 b/G

do. 102,60 G

do. alte A. 101,20 b/G

do. neue I. 100,90 b/G

do. II. Serie 102,30 G

do. do. 102,30 G

do. Gr. 100 f. 1858 535,00 b/G

do. Gr. 100 f. 1860 121,30 B

do. do. 1864 325,50 G

do. do. 1864 101,75 b/G

do. do. 101,10 b/G

do. 102,60 G

do. alte A. 101,20 b/G

do. neue I. 100,90 b/G

do. II. Serie 102,30 G

do. do. 102,30 G

do. Gr. 100 f. 1858 535,00 b/G

do. Gr. 100 f. 1860 121,30 B

do. do. 1864 325,50 G

do. do. 1864 101,75 b/G

do. do. 101,10 b/G

do. 102,60 G